

Barbara Riedmüller: Ein neues Geschlechterverhältnis?

Familienpolitik muss sich veränderten Realitäten anpassen

Lange Zeit orientierte sich die deutsche Familienpolitik am herkömmlichen Ernährermodell. Barbara Riedmüller zeichnet nach, wie hier in den 1990er Jahren auf der Bundesebene allmählich ein Politikwandel einsetzte. Das veränderte Erwerbsverhalten von Frauen wird seit-her zunehmend stärker berücksichtigt; allerdings wirken im staatlichen Handeln – politisch gewollt oder ungewollt – weiterhin allzu oft traditionelle Muster nach. Auch die vielfach diskutierte und erwünschten neuen Geschlechterarrangements stoßen auf zählebige Realitäten; das Geschlechterverhältnis wandelt sich auf den verschiedenen Ebenen nur langsam.

Die Familie wurde in Deutschland lange Zeit als Ort des Privaten betrachtet. Der Staat beschränkte sein Interesse an der Familie, indem er deren Innenleben als außerhalb der staatlichen Sphäre befindlich definierte. Familienpolitik war entsprechend dieser Privatheit institutionell unterentwickelt und in der Regel auf das »Nicht-Funktionieren« beschränkt. Entsprechend dieser Logik des Verhältnisses von Staat und Familie strukturierte sich das Geschlechterverhältnis. Während staatliches Handeln auf das Umfeld der Familie zu deren Vorteil zielt, bleibt die Beziehung der Familienmitglieder untereinander lange Zeit frei von staatlichen Eingriffen.

Geschlechterverhältnis und soziale Sicherung

Historisch betrachtet hat diese Konstellation von privater Sphäre der Familie und Staatlichkeit die Trennung der Sphären zwischen den Geschlechtern institutionalisiert. Denn die mit der Entstehung moderner Staatlichkeit vorgefundene gesellschaftliche Wertorientierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, die die Frau dem Haus, den Mann der öffentlichen Sphäre zuweist, wird als normative Grundlage staatlichen Handelns institutionalisiert. Diese Trennung der gesellschaftlichen Sphären in privat und öffentlich ist in den ideengeschichtlichen Arbeiten der Frauenforschung weitgehend herausgearbeitet worden (Ostner 1978). Das Leitbild der Familienpolitik folgt dieser normativen Ausgangslage, indem dem Mann die Ernährerrolle, der Frau das Haus und die Kindererziehung obliegen. Entsprechend dieser normativen Vorgabe wird der staatliche Schutz der Familie an den Werten

geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung ausgerichtet (Art. 6 GG: (1) Ehe und Familie stehen unter besonderem Schutz der staatlichen Ordnung. (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft). Die Förderung der Familie durch Steuern, das Splitting-Verfahren, die abgeleiteten Ansprüche der Frau im System sozialer Sicherung und die Zurückhaltung des Staates und der Parteien bezüglich der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt lassen sich wie ein roter Faden durch die Familienpolitik in Deutschland bis in die neuere Zeit nachzeichnen. In Abgrenzung zur Rolle der »Frau im Sozialismus« wird in Westdeutschland nach 1945 das Hausfrauenmodell propagiert, während die DDR die Berufstätigkeit der Frauen zum familienpolitischen und sozialpolitischen Normalfall macht. Unterschiede zwischen West und Ost kann man heute noch in verschiedenen Wertorientierungen bezüglich der Berufstätigkeit der Frau beobachten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die westdeutsche Familienpolitik nach 1945 bis in die 1970er Jahre an der Normalität des männlichen Ernährers orientiert bleibt (Gerlach 2004).

Der Auf- und Ausbau des Sozialstaates in Deutschland folgt diesem Leitbild des männlichen Ernährers, indem die Erwerbsarbeit des Mannes privilegiert wird. Die für Deutschland typische strikte Bindung sozialer Leistungen an den Status der Erwerbsarbeit benachteiligt Frauen im System sozialer Sicherung, indem sie auf die vom Mann abgeleiteten Ansprüche verwiesen werden

und die in der Familie geleistete Arbeit nicht anerkannt wird. Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen wird erst spät mit den Rentenreformen der 1980er und 1990er Jahre als Ausgleich für »verlorene« Erwerbsarbeit berücksichtigt. Der Sozialstaat negiert die Ungleichheit der Arbeit von Mann und Frau und lebt gewissermaßen von der normativen Substanz der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Dass Frauen am Arbeitsmarkt nicht oder nur geringfügig teilhaben, spiegelt sich unmittelbar im Umfang sozialer Leistungen wider. Quasi als Kompensation dieses Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt werden auch bei der Weiterentwicklung des Bundessozialhilfegesetzes Ausnahmen vom Zwang zur Erwerbsarbeit fürsorglich begründet, wenn Kindererziehung stattfindet. Das Sozialhilferecht lässt der Frau bis zur Einschulung der Kinder die Freiheit, nicht am Arbeitsmarkt teilzuhaben. In der Arbeitsmarktförderung wird die Versorgung der Kinder befristet zum Ausnahmefall und versperrt den Zugang zu Leistungen wie etwa Umschulung. Auch die Hartz-IV-Gesetzgebung wiederholt derartige Ausnahmebestände. Die strukturelle Differenz von sozialstaatlichen Regelungen bei der Sicherung von Erwerbs- und Familienarbeit ist immer dann zum Nachteil der Frauen, wenn allein Erwerbsarbeit den Zugang zu sozialen Leistungen aufbaut. Dass hier eine normative Entscheidung im Hinblick auf die Bewertung der Arbeit von Mann und Frau stattgefunden hat, die in Zukunft in Frage gestellt werden könnte, liegt auf der Hand.

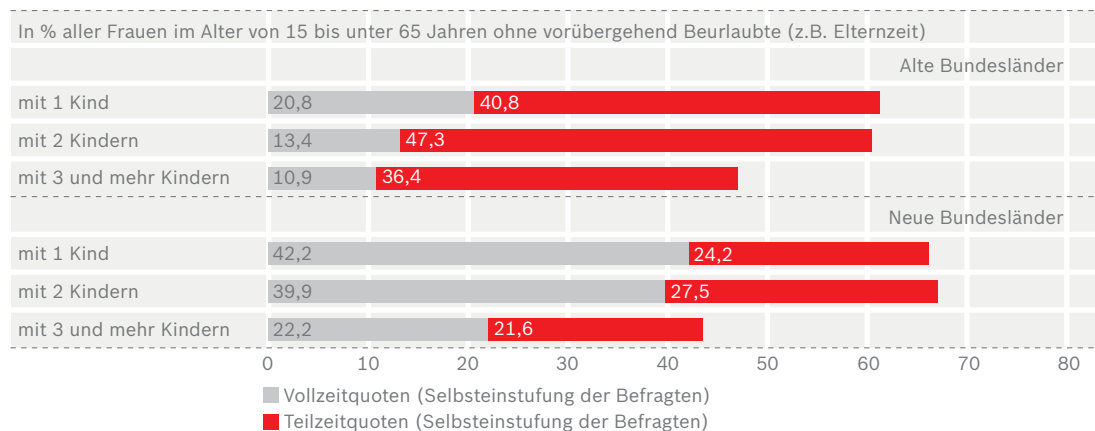
Die Folgen für die soziale Sicherung der Frau sind offensichtlich. Frauen sind in hohem Maße von Armut betroffen. Sie stellen als Alleinerziehende in den vergangenen Jahren eine immer größere Gruppe von Sozialhilfeempfängerinnen bzw. Hartz-IV-Empfängerinnen dar. Vor allem Kinder sind daher besonders von Armut betroffen. Auch die Teilzeitbeschäftigung von Frauen hängt mit einer hohen Rate von Kinderarmut

zusammen (vgl. OECD 2007). Weil Frauen in besonderem Maße im Segment ungesicherter bzw. geringfügiger Beschäftigung tätig sind, zeigt sich der Trend zu einer Verfestigung von Armut deutlich (vgl. DIW 2007). Vor allem die Benachteiligung von Frauen in den Systemen der Alterssicherung ist seit vielen Jahren Thema (vgl. Geißler 1976). Aktuell wirken sich die durch Familienarbeit unterbrochene Erwerbsarbeit von Frauen und ihr prekärer Erwerbsstatus in der gesetzlichen Rentenversicherung als Ungleichheit zwischen Mann und Frau aus. Frauen haben nach wie vor eine höhere Armutsrate, ihr Armutsrisiko im Alter beträgt aktuell 14 Prozent gegenüber 11 Prozent von Männern (Eurostat 2008). Die Höhe der Alterseinkommen differiert laut der ASID-Studie 2003 zwischen Männern und Frauen erheblich (TNS Infratest 2005).

Auf dem Weg zu neuen Geschlechterarrangements? Wandel und Kontinuitäten in der Familienpolitik

Welchen Einfluss die staatliche Förderung der Familie in der normativen Tradition des männlichen Ernährermodells auf das Erwerbsverhalten von Frauen hat bzw. gehabt hat, ist empirisch nicht untersucht worden - wenn sie auch in der parteipolitischen Debatte und in wissenschaftlichen Diskussionen der steuerlichen Regulierung des Ehegattensplittings als ein starker Anreiz auf Nichterwerbsarbeit und den Status der Arbeit betrachtet wird. Unterstellt man bei den Beteiligten ökonomisch rationales Verhalten, ist diese Behauptung plausibel. Empirisch gesichert ist, dass sich sowohl das Familienverhalten wie die Erwerbsneigung verändert haben. Der Trend zum Arbeitsmarkt kann gewiss nicht als Folge einer neuen Familienpolitik interpretiert werden. Vielmehr ist er der Tatsache geschuldet, dass Frauen heute einen mit Männern vergleichbaren Bildungsgrad aufweisen und dass die Frauen immer mehr zum Familieneinkommen beitragen müssen. Dem entspricht auch die höhere Teilhabe

Abbildung 12: Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern nach Zahl der Kinder und Voll-/Teilzeittätigkeit (2005)



am Arbeitsmarkt. Die Erwerbsneigung von Frauen nimmt insgesamt kontinuierlich zu, zeigt aber im Zusammenhang mit Kindern eine Differenzierung zwischen den Frauen. Die bekannte Tatsache, dass hochqualifizierte Frauen in Deutschland eine niedrige Geburtenrate aufweisen, steht neben dem Befund, dass die Teilhabe am Arbeitsmarkt mit der Zahl der Kinder korreliert und der Erfolg am Arbeitsmarkt höchst unterschiedlich ausfällt. Zumindest ist dies in Deutschland der Fall.

Ungeachtet dieses für das Familienverhalten von Frauen nicht unwichtigen Kriteriums der Differenz innerhalb der Gruppe von Frauen kann aber festgehalten werden, dass der Wunsch von Frauen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben, ungebrochen anhält und sich mit dem Wunsch nach Familie verbindet (vgl. Shell-Studie 2006). Gleichzeitig mit dem Erwerbsverhalten von Frauen werden Familie und Ehe instabiler und neue Formen von Partnerschaft normaler.

Dieser Tendenz der Instabilität von Familie entspricht der Befund, dass Frauen wegen Familie und Kindern nach wie vor ihre Erwerbsarbeit unterbrechen. 2003 unterbrechen 26,5 Prozent ihre Erwerbsarbeit

wegen der Kinder (Eurostat 2003). Interessant ist, dass aber nur 5,7 Prozent der Paare sich dieses Modell wünschen, während 52,3 Prozent tatsächlich dieses Modell leben (OECD 2001).

Mit Blick auf dieses veränderte Erwerbsverhalten von Frauen und im Vergleich zu anderen Ländern hat sich die deutsche Familienpolitik in jüngster Zeit auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit konzentriert. Vor allem von den skandinavischen Ländern kann man lernen, dass Familie und Erwerbsarbeit kein Gegensatz sein muss. Die Frage ist nun, ob sich auch die deutsche Familienpolitik vom Modell des männlichen Ernährers abwendet, d. h. ob sich ein Wertewandel vollzieht, der dem veränderten Erwerbs- und Familienverhalten von Frauen entspricht.

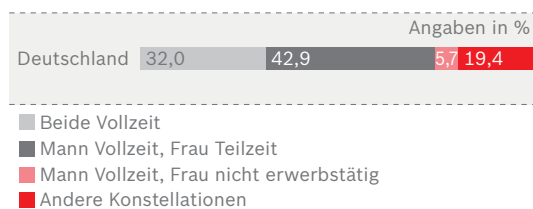
Bis in die 1990er Jahre förderte die deutsche Familienpolitik das Ernährermodell mit Ausnahme weniger Programme zum Wiedereinstieg in das Berufsleben im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes. Es gab zwar eine Öffnung seitens der Politik in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber die soziale Wirklichkeit entsprach diesem Modell nicht. Ein Wandel des Leit-

Abbildung 13: Tatsächliche Erwerbsarrangements bei Paaren mit Kindern unter sechs Jahren (1998)



Quelle: OECD 2001

Abbildung 14: Gewünschte Erwerbsarrangements bei Paaren mit Kindern unter sechs Jahren (1998)



Quelle: OECD 2001

bilides der deutschen Familienpolitik kam spät und ist im Kontext der demographischen Entwicklung zu verstehen. Erst in den vergangenen Jahren, beginnend mit der rot-grünen Regierung, verlor die Familienpolitik allmählich ihre Randposition. Ein neues Thema tauchte auf: die Unterversorgung von Kindergartenplätzen und Kindertagesstätten, die den Frauen eine Erwerbstätigkeit ermöglichen sollen. Dieses Ziel wurde aus einem anderen Politikfeld, nämlich der Beschäftigungspolitik, importiert. In der wissenschaftlichen Diskussion wird dieser Perspektivenwechsel auf die Beschäftigung in der neuen Leitfigur des »Adult Worker« gesehen. Jeder Bürger, auch die Frau, sichert seine Existenz am Arbeitsmarkt selbständig. In dieser Zielsetzung wirkt der Staat fördernd z. B. durch die Schaffung kindbezogener Dienstleistungen. Diese beschäftigungspolitische Zielsetzung ist ein zentraler europäischer Programmpunkt, der die Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt integrieren soll bis zu einer Quote

von 60 Prozent im Jahr 2010. Dieses Programm wird verstärkt durch gleichstellungspolitische Ziele, wie sie im europäischen Programm »Gender Mainstream« vorgestellt sind. Es besteht kein Zweifel, dass dieses Leitbild eines Zweiverdienerpaares für einen Teil der Paare gewünscht wird (s. Abb. 14).

Dieses oben bereits erwähnte Auseinanderfallen von Wunsch und Wirklichkeit hat eine gewisse Entsprechung in der Politik. Bereits bei der rot-grünen Regierung waren die gleichstellungspolitischen, familienpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Ziele nicht integriert worden. Mit dem Regierungswechsel zur Großen Koalition wird das Thema »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« stärker in den Mittelpunkt gerückt. Im Vordergrund steht die Frage, ob Deutschland wegen der Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und Familie auf Kinder verzichtet. Ein Blick auf die skandinavischen Länder zum Beispiel zeigt, dass dort Frauen mehr Kinder haben als nichterwerbstätige Frauen in Deutschland. Zumindest wird auf der Ebene praktischer Politik der Tendenz nach ein Wandel in den Wertorientierungen sichtbar, indem Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht werden soll. Kindergarten und Krippenplätze sollen ausgebaut werden. Erziehungsarbeit bedeutet nicht gleichzeitig Verzicht auf Erwerbsarbeit – das könnte ein neues Leitbild begründen. Die Reform des Elterngeldes bekräftigt diese Position, indem das Elterngeld die Funktion eines Einkommensersatzes erhält. Allerdings bleibt das Modell der berufstätigen Frau und Mutter Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzungen. Einer konsequenten Politik der Vereinbarkeit durch den Ausbau von Krippenplätzen steht das Konzept des Betreuungsgeldes entgegen, das Müttern die häusliche Erziehung bezahlt. Polemisch wird dieses Konzept als »Herdprämie« bezeichnet, denn tatsächlich wird die intendierte Pluralität von Lebensmodellen durch faktische ökonomi-

sche Rahmenbedingungen nicht erreicht. Trotz dieses Bekenntnisses zur Erwerbsarbeit der Frau erfolgt der Wertewandel nicht vom Grundsatz her.

Ein Blick auf die Programme der Regierungsparteien der Großen Koalition zeigt Einschränkungen, Überschneidungen und Auslassungen. Die öffentliche politische Debatte um das Elterngeld mit dem Ziel der Beteiligung des Mannes an der Erziehungsarbeit ist selbst Gegenstand von kritischen Leitbild-Diskussionen. Leitbilder treten nun gleichzeitig oder konkurrierend auf. Das Ziel der Normalität der Erwerbsarbeit von Mann und Frau mit entsprechender innerfamiliärer Arbeitsteilung wird gleichzeitig formuliert mit dem Ziel einer Zuständigkeit der Frau für die Familie und der schädlichen Wirkung der Erwerbsarbeit auf die Kindererziehung. Die politische Differenz zwischen SPD und CDU/CSU ist offensichtlich, kann aber auf der Ebene politischer Praxis – und das ist neu in dieser Diskussion – im Kontext bevölkerungspolitischer Ziele überwunden werden. Das heißt, dieses Ziel ist parteiübergreifend darstellbar. Auf der Ebene der Wertepreferenzen lässt sich eine Verschiebung auf bevölkerungspolitische Ziele feststellen, demgegenüber treten gleichstellungspolitische Ziele in den Hintergrund.

Zusammenfassend lassen sich nach wie vor konkurrierende Leitbilder der Parteien festhalten: Es gibt eine Varianz von konservativer Tradition, bevölkerungspolitischen Zielen, Gleichstellungsmotiven und dem Modell einer individuellen Existenzsicherung. Ist diese Entwicklung als ein neues Geschlechterregime zu verstehen? Es wäre falsch, von einem Wechsel des Leitbildes in der Politik zu sprechen (vgl. Gerlach 2004). Wenn aber kein einheitliches, normatives Leitbild existiert, wie sind dann die familienpolitischen Reformen zu interpretieren? Silke Bothfeld spricht in ihrer Analyse der familienpolitischen Reformen, in denen die

einzelnen Politikfelder mangelhaft koordiniert sind, von einer »Fragmentierung« der Politik (Bothfeld 2008). Die Spannung zwischen institutioneller Regulierung und der sozialen Wirklichkeit wird nicht aufgelöst. Daraus könnte sich einerseits die Schwächung eines partnerschaftlichen Leitbildes ergeben, da in den jeweiligen Politikfeldern, z. B. im Steuerrecht, unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Andererseits wird die soziale Praxis zur Arena konkurrierender Lebensentwürfe, die die soziale Ungleichheit von Familien verschärfen. Gut ausgebildete Frauen leben ihr Modell von Vereinbarkeit, das sie sich durch ihre Unabhängigkeit finanziell leisten können. Frauen mit geringem Einkommen sind hingegen vom Ehemann und staatlichen Transfers abhängig.

Geschlechterarrangements zwischen Wünschen und sozialer Wirklichkeit

Wie Männer und Frauen Beruf und Familie vereinbaren und wie sich Wertorientierungen wandeln, lässt sich konkret an den Indikatoren der Teilnahme am Arbeitsmarkt in der Dimension von Zeit belegen. Ein Wandel des Geschlechterarrangements bedeutet in der Dimension der Teilhabe am

Abbildung 15: Erwerbsarrangements von Paaren mit Kindern

Grundmuster	Erwerbsarrangements von Paaren mit Kindern	
strukturell egalitär	Mann Vollzeit – Frau Vollzeit	<i>Adult Worker-Modell</i>
	Mann Teilzeit – Frau Teilzeit	
strukturell spezialisiert	Mann Vollzeit – Frau nicht erwerbstätig	traditionelles Ernährermodell
	Mann Vollzeit – Frau Teilzeit	modernisiertes Ernährermodell
	Frau Vollzeit – Mann Teilzeit	»geschlechts- untypische« Erwerbs- konstellation
	Frau Vollzeit – Mann nicht erwerbstätig	

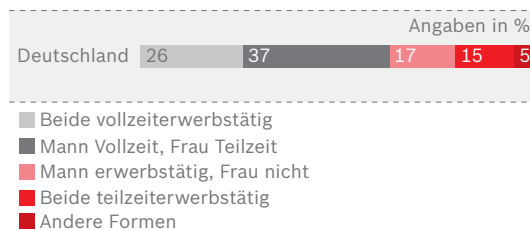
Quelle: Rüling/Kassner 2007

Arbeitsmarkt eine neue Form innerfamiliärer Arbeitsteilung. Ein weiteres Merkmal für einen Wandel des Geschlechterarrangements ist auch ein möglicher Einstellungswandel von Männern und Frauen im Hinblick auf diese Arbeitsteilung. Auf die unterschiedliche Teilhabe von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt wurde bereits verwiesen. Betrachtet man die Erwerbsarrangements von Paaren mit Kindern, so lassen sich vier normative Modelle herausstellen.

Die empirischen Daten bestätigen diese Modelle der Vereinbarkeit, zeigen aber für Deutschland ein starkes Auseinanderfallen von Wunsch und Wirklichkeit.

Wie verhält sich zu dieser geschlechtsspezi-

Abbildung 16: Gewünschtes Erwerbsarrangement bei Paaren (2000)

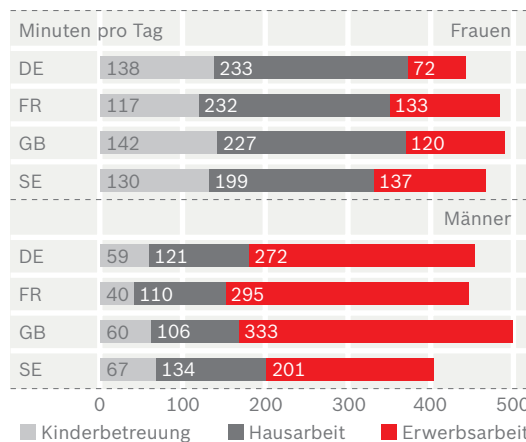


Quelle: European Foundation 2002

fisch segregierten Teilhabe am Arbeitsmarkt die innerfamiliäre Arbeitsteilung? Auskunft darüber geben Zeitverwendungsstudien. Die europaweit durchgeführten Erhebungen in den Jahren 1998 und 2002 bestätigen die besondere Problematik der Belastung der Frauen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Deutschland belegt Hausarbeit und Kinderbetreuung die Zeit von Frauen überdurchschnittlich.

Ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist hier interessant, weil deutlich wird, dass die jeweiligen Familien und sozialpolitischen Rahmenbedingungen eng mit der Zeitverwendung bei Männern und

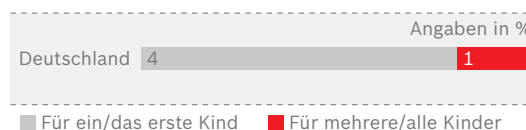
Abbildung 17: Zeitverwendung von Paaren mit Kindern bis 6 Jahren nach Geschlecht



Quelle: European Commission 2004

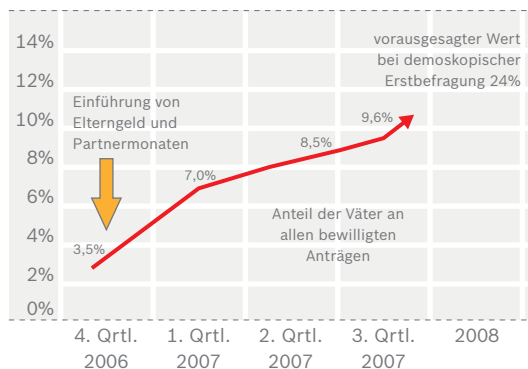
Frauen korrespondieren. Aber diese institutionelle Vorgabe des Arbeitsmarktes wird auch durch Einstellungen der Männer gestützt. Denn das tatsächliche Erwerbsverhalten von Männern ist nicht familienfreundlicher geworden (Bauer/Groß/Lehmann/Munz 2004). So leisteten 2005 immerhin 62 Prozent der Männer Überstunden, Männer mit Kindern sogar 67 Prozent. Es gibt wenig Daten über einen Einstellungswandel bei Männern. Das Bild der »neuen Väter« (vgl. Zulehner/Volz 1998), der »egalitären Väter« (Ifs 2007) oder »Erzieher statt Ernährer« (Fthenakis/Minsel 2002) steht eher für eine normative Option als für die soziale Wirklichkeit. Allerdings ist die Datenlage dünn, so dass Vorsicht zu walten hat bei der Prognose von Trends. Nimmt man die Nutzung der Vätermonate als Indikator für einen Wertewandel, so lässt sich eine schwache Bewegung beobachten.

Abbildung 18: Männer, die Elternzeit genommen haben oder darüber nachdenken (2003)



Quelle: European Opinion Research Group EERG 2004

Abbildung 19: Nutzung des Elterngeldes der Väter

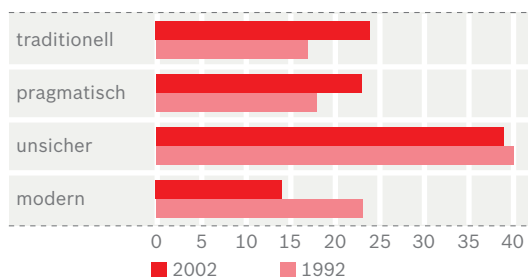


Quelle: Statistisches Bundesamt 2007

Die tatsächliche Inanspruchnahme der Vätermonate ist in Deutschland seit ihrer Einführung 2006 gering gestiegen.

Allerdings werden heute von den Männern die Hindernisse, Familie und Beruf zu vereinbaren, deutlicher artikuliert. 89 Prozent aller Väter deuten den drohenden Einkommensverlust als Grund, keine Elternzeit zu nehmen, und 79 Prozent fürchten berufliche Nachteile (Institut für Demoskopie Allensbach 2005). Diese Aussagen markieren wieder die gesellschaftlich-ökonomischen Rahmenbedingungen von Erwerbsarbeit. Dass sich aber 50 Prozent der Väter und 55 Prozent der übrigen Männer bei der Wahl ihres Familienmodells auf ihre erlebte Familientradition berufen, verweist auf die Zählebig-

Abbildung 20: Typologie männlicher Rollenvorstellungen



Quelle: Zulehner 2003
Daten für Österreich

keit kultureller Traditionen: einmal so, immer so. Von einem Wandel des Vaterbildes, wie es im Monitor des Familienministeriums (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005) dargestellt wird, lässt sich bestenfalls eine Unbestimmtheit des eigenen Verhaltens von Männern erkennen.

Auch wenn Männer ein Vereinbarkeitsproblem für sich artikulieren, bezeichnet das nicht eine tatsächlich neue gesellschaftliche Entwicklung (Pilotstudie IAIZ 2004). Sie deutet aber darauf hin, dass das Bewusstsein für die Vereinbarkeitsprobleme bei Männern zunimmt. Ein Fazit könnte sein, dass ein starker Trend zur Erwerbsintegration von Frauen keine Entsprechung in einem neuen Geschlechterverhältnis hat, dass aber in gesetzlichen Vorgaben und Förderprogrammen ein Signal für neue Arrangements enthalten ist, deren Realisierung aber nicht nur eine individuelle Entscheidung ist. Die Rahmenbedingungen für neue Zeitarrangements müssten ebenfalls verändert werden. Dies ist allein durch familienpolitische Maßnahmen und Programme nicht leistbar, es bedarf einer koordinierten Politik, die neue Zeitregime möglich macht.

Die Orte des sozialen Wandels

Die oben dargestellte Konstellation von institutionalisierter Tradition der Familienpolitik in Deutschland und den gesellschaftlichen Bedarfen und Bedürfnissen bedeutet ein Mehr an Sozialstaatlichkeit für Familien und Kinder. Frauen sollen und wollen in den Arbeitsmarkt integriert werden, die Arbeitsleistung der Frauen in der Familie wird daher folgerichtig durch professionelle Dienstleistung ersetzt werden. Auf europäischer Ebene wird von einer solchen Professionalisierung familienbezogener Dienstleistungen ein Beschäftigungszuwachs erwartet. Ein Beispiel dafür dürfte der Pflegesektor sein. In den europäischen Ländern stößt diese Entwicklung der Professionalisierung und Ökonomisierung von

sozialen Dienstleistungen aber auf unterschiedliche Ausgangslagen der Verknüpfungen von Staat, Familie und nichtstaatlicher Produktion von Wohlfahrt (vgl. Kaufmann 1979). Gibt es zur Professionalisierung und Ökonomisierung sozialer Dienste eine Alternative?

In Deutschland hatten die nicht staatlichen Wohlfahrtsverbände eine historisch starke Rolle im Dienstleistungssektor. Andere Länder haben mehr auf den Markt oder, wie die nordischen Länder, auf den Staat gesetzt. Entsprechend dieser Grundorientierung der Wohlfahrtssysteme sind nichtprofessionelle Dienstleistungen und Ehrenamt schwach oder stark entwickelt. In Deutschland nimmt das freiwillige soziale Engagement eine wichtige Rolle ein, ist aber kein Ersatz für professionelle Dienstleistungen (vgl. Deutscher Bundestag 2002). Sozialstaatliche Traditionen auf kommunaler Ebene sind in den letzten Jahrzehnten schwächer geworden. Ein Grund hierfür ist auch die Knappheit der kommunalen Haushalte. Daher sind die in den letzten Jahren entstandenen lokalen Bündnisse für Familie ein interessanter Versuch, die kommunale Ebene als Ort, an dem soziale Bedürfnisse konkret artikuliert und beantwortet werden, wieder stärker zu organisieren. Diese Bündnisse haben in der Mehrzahl das Ziel, die Familie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Es existieren Modellstädte und Modellprojekte, die zum Teil von der Bundesregierung und dem Europäischen Sozialfonds in der Pilotphase unterstützt werden (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008).

Eine Bewertung der Steuerung lokaler Bündnisse und deren Wirkung auf die Familie ist noch nicht möglich. An dieser Stelle kann daher nur auf die Bedeutung einer Vernetzung sozialer Dienstleistungen zwischen Staat, Markt und Familie und nichtprofessionellen Systemen hingewiesen

werden. Erfahrungen liegen aus der lokalen Beschäftigungspolitik vor (vgl. Saeed 1999), die zeigen, dass lokale Netzwerke dann erfolgreich sind, wenn die beteiligten Akteure einen gemeinsamen Wertehorizont (Beliefs) teilen und wenn ein starker Akteur, wie die Kommune, die Initiativrolle gegenüber nichtstaatlichen und teilstaatlichen Akteuren übernimmt.

Literatur

Bauer, F./Groß, H./Lehmann, K./Munz, E. 2004: Arbeitszeit 2003. Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsorganisation und Tätigkeitsprofile, Köln

Bothfeld, S. 2008: Under (Re-) Construction – Die Fragmentierung des deutschen Geschlechterregimes durch die neue Familienpolitik, hrsg. vom Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, Bremen

Bothfeld, S./Gronbach, S./Riedmüller, B. (Hrsg.) 2002: Gender Mainstreaming. Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt am Main

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005: Väter und Vaterbilder in Deutschland, in: Monitor Familiendemographie, Nr. 3, Berlin, S. 26

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008: Modellprojekte zur wirkungsorientierten Steuerung Lokaler Bündnisse, URL: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>

Deutscher Bundestag 2002: Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerlichen Engagements«, Drucksache 14/8900, Berlin

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2007: Armut in Deutschland verfestigt sich, in: Wochenbericht des DIW Berlin, 12/2007, Berlin

European Commission (Hrsg.) 2004: How Europeans spend their time. Everyday life of women and men, Luxemburg

European Foundation for the Improvement of Living and Working Condition (Hrsg.) 2002: Working Time preferences in sixteen European Countries, Dublin

European Opinion Research Group EEOG 2004: Standard Eurobarometer. Europeans' attitudes to parental leave, Luxemburg

Eurostat 2003: Eurostat Jahrbuch 2003. Der statistische Wegweiser durch Europa – Daten aus den Jahren 1991–2001, hrsg. vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Eurostat 2008: Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2008, hrsg. vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Fthenakis, W./Minsel, B. 2002: Die Rolle des Vaters in der Familie, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart

- Geißler, H.* 1976: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg im Breisgau
- Gerlach, J.* 2004: Familienpolitik, Wiesbaden
- IAIZ* (Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e. V.) 2004: Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem. Zusammenfassung der Ergebnisse einer Pilotstudie, Berlin
- Institut für Demoskopie Allensbach* 2005: Einstellungen junger Männer zu Elternzeit. Elterngeld und Familienfreundlichkeit im Betrieb – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Auftrag des BMFSFJ, Allensbach
- Institut für Sozialforschung (IFS)* 2007: Neue Väter – andere Kinder? Vaterschaft, familiäre Triade und Sozialisation, hrsg. von der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- Kaufmann, F.-X.* 1979: Bürgernahe Sozialpolitik. Planung, Organisation und Vermittlung sozialer Leistungen auf örtlicher Ebene, Frankfurt am Main/New York
- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin* (Hrsg.) 2008: Verfassung von Berlin und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)* (Hrsg.) 2001: Employment outlook. Reconciling social and employment goals, Paris
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)* (Hrsg.) 2007: Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life – A Synthesis of Findings for OECD Countries, Paris
- Ostner, I.* 1978: Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Rüling, A./Kassner, K.* 2007: Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Saeed, S.* 1999: Erfolgsbedingungen regionalisierter Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland, Hamburg
- Shell-Studie* 2006: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie, hrsg. von der Shell Deutschland Holding, Frankfurt am Main
- Statistisches Bundesamt* 2007: Leben und arbeiten in Deutschland, Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden
- TNS Infratest* 2005: Alterssicherung in Deutschland 2003 (ASID 2003), München
- Zulehner, P. M.* (Hrsg.) 2003: Mannsbilder. Ein Jahrzehnt Männerentwicklung, Ostfildern
- Zulehner, P. M./Volz, R.* 1998: Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein Forschungsbericht, hrsg. von der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der Gemeinschaft der Katholischen Männer, Ostfildern